

Verlierer sind die Patienten

KZVB informiert über Spargesetz

Auch wenn Nina Warken (CDU) nur ein gutes Jahr Bundesgesundheitsministerin war, hinterlässt sie ein schweres Erbe. Durch das GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz (BStabG) steht deutlich weniger Geld für die zahnmedizinische Versorgung der Patienten zu Verfügung. Wie die Zahnärzte darauf reagieren sollten, erklärte der KZVB-Vorstand bei bayernweiten Infoveranstaltungen.

In Würzburg, München, Sinzing bei Regensburg und Nürnberg folgten fast 1 000 Zahnärzte der Einladung der KZVB. Die Veranstaltungsreihe stand unter dem Motto „Sie fragen, wir antworten“. Und Fragen gab es angesichts des Spargesetzes zuhauf. Vor allem der im Referentenentwurf vorgesehene Fachzahnarztvorbehalt in der KFO sorgte für enorme Verunsicherung bei den Betroffenen. Durch intensive Überzeugungsarbeit auf Landes- und Bundesebene konnte dieser zwar entschärft werden, aber noch ist unklar, wer unter welchen Voraussetzungen kieferorthopädische Leistungen erbringen und abrechnen darf. Die Bundes-KZV und der



Die bayernweiten KZVB-Infoveranstaltungen waren gut besucht. In Nürnberg diskutierten rund 200 Zahnärzte darüber, wie man auf Warkens Spargesetz reagieren sollte. Unser Titelbild entstand bei der Veranstaltung am 24. Juni im Münchner Augustiner-Keller.

GKV-Spitzenverband müssen bis Ende des Jahres entsprechende Regelungen erlassen. Aber auch die Absenkung der Festzuschüsse für Zahnersatz und die verschärfte Budgetierung sorgen für Frust in den Praxen. Für den KZVB-Vorsitzenden Dr. Rüdiger Schott sowie seine Vorstandskollegen Dr. Marion Teichmann und Dr. Jens Kober gibt es nur eine Antwort auf das Berliner Spargesetz: mehr GOZ, weniger Bema. Die Verlierer dieser Reform seien also vor allem die gesetzlich versicherten Patienten, die trotz steigender

Beiträge immer weniger Leistungen von den Krankenkassen bekämen. Das liege auch daran, weil die Versorgung von Bürgergeldempfängern weiterhin von den Beitragszahlern subventioniert werde. In welchem Spannungsfeld sich die Zahnärzte befinden, wurde bei den Diskussionsrunden deutlich. Viele Teilnehmer, gerade aus dem ländlichen Raum, betonten, dass sie ihren Patienten keine höheren Zuzahlungen mehr zumuten könnten. Steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten brächten viele Normalverdiener ans Limit. Dennoch dürften die Zahnärzte ihre Leistungen nicht unter Wert verkaufen. Schließlich sei jede Praxis ein Wirtschaftsunternehmen, das seine Kosten refinanzieren müsse. Ein Ausweg könnten private Zahnzusatzversicherungen sein, die immerhin schon über 20 Millionen Deutsche abgeschlossen haben. Für die KZVB ist aber auch klar: Es braucht echte Struktur-reformen und vor allem einen spürbaren Bürokratieabbau, um die flächendeckende zahnmedizinische Versorgung aufrecht-erhalten zu können. Daran müsse sich der neue Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann (CDU) messen lassen.



Auch in Sinzing bei Regensburg stellte sich der Vorstand der Diskussion mit den Mitgliedern. Auf dem Bild (v. l.): Dr. Jens Kober, Dr. Marion Teichmann, Prof. Dr. Peter Proff (Universität Regensburg), Dr. Michael Rottner (Bezirksstelle Oberpfalz), Dr. Rüdiger Schott und Dr. Walter Wanninger (Bezirksstelle Niederbayern).

Leo Hofmeier